

---

**1962/AB-BR/2004**

---

**Eingelangt am 11.03.2004**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

BM für Wirtschaft und Arbeit

## **Anfragebeantwortung**

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 2143/J betreffend Vernachlässigung der Wirtschaftsinteressen Österreichs durch Mitglieder der Bundesregierung, welche die Abgeordneten Albrecht Konecny, Kolleginnen und Kollegen am 30. Jänner 2004 an mich richteten, stelle ich fest:

### **Zu den Punkten 1 bis 10 der Anfrage:**

Eingangs ist festzuhalten, dass es meinerseits auf die im Oktober 2003 erfolgte Anfrage der Präsidentschaftskanzlei zu keiner Zeit eine Zusage zur Teilnahme am Staatsbesuch des Herrn Bundespräsidenten im Iran gegeben hat. Dies ist damit zu begründen, dass ich am Sonntag, dem 25. Jänner 2004 an einer Tagung der EU-(Außen-) Handelsminister in Brüssel teilzunehmen hatte. Es handelte sich dabei um das erste diesbezügliche Treffen unter irischer Präsidentschaft, in dem die Schwerpunkte im handelspolitischen Bereich, insbesondere die weitere Vorgangsweise für die WTO-Verhandlungen im Rahmen der "Doha-Entwicklungsrunde", sowie die für die österreichische Wirtschaft wichtigen handelspolitischen Streitfälle zwischen der EU und den Vereinigten Staaten erörtert wurden. Eine Verschiebung dieser Tagung, zu der sowohl die Minister der 15 EU-Mitgliedstaaten als auch die der 10 Beitrittsländer eingeladen waren, einzig aufgrund österreichischer Terminprobleme war aus verständlichen Gründen nicht möglich.

Recherchen betreffend die Möglichkeit, nach dieser Tagung in den Iran nachzureisen, haben leider ergeben, dass eine rechtzeitige Ankunft in Teheran, die mir eine Teilnahme an den Arbeitsgesprächen erlaubt hätte, nicht gewährleistet war. Mein Ressort war bei dem Besuch damit auf Vizeministerebene durch den zuständigen Außenhandels-Sektionschef vertreten, der dem iranischen Industrieminister, der gleichzeitig Vorsitzender der Gemischten Kommission auf iranischer Seite ist, worauf ich noch zu sprechen kommen werde, ein persönliches Schreiben von mir überreicht hat. Seitens Minister Jahangiri wurde Verständnis für die Teilnahme an dem wichtigen EU-Ministertreffen geäußert.

Dementsprechend habe ich am Montag, dem 26. Jänner 2004 unter anderem die Ministerratsvorbesprechung und die Koordinierungssitzung wahrgenommen und am Dienstag, dem 27. Jänner 2004 insbesondere am Ministerrat und an der Klubbesprechung im Parlament teilgenommen.

Darüber hinaus darf ich festhalten, dass ich die Einschätzung hinsichtlich der Bedeutung und des Potentials des iranischen Marktes für die österreichische Außenwirtschaft teile, und gerade deshalb der intensiven Zusammenarbeit mit den relevanten iranischen Entscheidungsträgern immer einen besonderen Stellenwert beigemessen habe. Die institutionalisierte Zusammenarbeit im Rahmen der bilateralen Wirtschaftskommission, die in regelmäßigen Abständen auf Ministerebene stattfindet und bei der ich persönlich den Vorsitz auf österreichischer Seite führe, dient insbesondere dem Zweck, die Interessen der österreichischen Außenwirtschaft in diesem für Österreich so wichtigen Markt zu unterstützen. Zusätzlich zu der Gemischten Wirtschaftskommission war es mir darüber hinaus immer ein Anliegen, die Kontakte mit den für die österreichische Wirtschaft relevanten iranischen Ressortkollegen zu pflegen und bei Bedarf auch entsprechende Kontakte zwischen diesen und den zuständigen und interessierten österreichischen Stellen auf politischer und wirtschaftlicher Ebene herzustellen.

Durch die intensive Zusammenarbeit mit meinen iranischen Ressortkollegen konnten sowohl die bilateralen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als auch die persönlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern verbessert und damit die Voraussetzungen für den Ausbau der österreichischen Exporte in den Iran geschaffen werden. Im Zeitraum Jänner bis November 2003 verzeichneten die österreichischen Exporte eine Steigerung um über 34% auf rund 270 Mio. €.

Im Vorfeld des Staatsbesuches habe ich es als meine Aufgabe gesehen, diese Bemühungen zu intensivieren, um durch einen gezielten und verdichteten Besuchsaustausch das Terrain für erfolgreiche Vertragsabschlüsse aufzubereiten. Als Beispiele für die gezielten Aktivitäten meines Ressorts in den letzten Monaten darf ich folgende anführen:

Am 23. und 24. Oktober 2003 empfing ich die iranische Vizepräsidentin Dr. Massoumeh Ebtekar zu einem Arbeitsbesuch. Am 4. und 5. Dezember 2003 fand eine Tagung der Gemischten Wirtschaftskommission statt, bei der auf iranischer Seite Industrieminister Jahangiri den Vorsitz führte, mit dem ich sowohl im Rahmen dieser Gemischten Kommission, als auch ausserhalb umfangreiche politische Gespräche führen konnte. Zu diesen Anlässen konnten nicht nur Termine der iranischen Besucher auf höchster politischer Ebene organisiert werden, sondern auch in bewährter Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer Österreich den Vertretern der österreichischen Außenwirtschaft direkte Kontakte mit diesen für sie so wichtigen Besuchern ermöglicht werden.

Hinsichtlich des iranischen Interesses an österreichischen Direktinvestitionen wurden ebenfalls vor dem Staatsbesuch im Jänner 2004 seitens meines Ressorts bilaterale Vorgespräche auf höchster Beamtenebene geführt und koordiniert, bei der die künftige Vorgangsweise abgesprochen wurde und die unter anderem ihren Niederschlag in einem geplanten Investitionsseminar finden werden.

Daraus geht hervor, dass von mir persönlich ebenso wie seitens meines Ressorts alle Anstrengungen unternommen wurden, um Österreichs Wirtschaftstreibende aus allen Bundesländern bei ihren Bemühungen um große und auch - für die

österreichischen KMUs besonders wichtige - kleinere Aufträge im Iran tatkräftig zu unterstützen und damit auch einen Beitrag zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in Österreich zu leisten. Aufgrund dieser Vorbereitungsarbeiten und der stabilen freundschaftlichen Beziehungen mit meinen iranischen Ressortkollegen kann daher meine vorab mit der Präsidentschaftskanzlei abgesprochene Abwesenheit beim Staatsbesuch keinerlei negative Auswirkungen auf die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, die Arbeitsmarktsituation und die internationale Reputation Österreichs hervorrufen.